

ANZEIGE

▶ Jetzt finden

winterthur

ANZEIGE

fotografie.ch | Magazine | News | Member Club | FAQ | AGB | Kontakt



fotografie.ch

Bestellen Sie Ihre Bilder
Online und bekommen
Sie Ihre Fotos
direkt nach Hause!Kodak
Picture Centre

Produktgruppe auswählen

Marke auswählen

Produkt:

Suchen

news.ch

FRONT Europäisches Dschungelbuch / Donnerstag, 22. September 2005 / 08:54 h

THEMENÜBERSICHT

Inland

- Rechtsrutsch in Genf
- Genf: Rechtsrutsch immer wahrscheinlicher
- Keine weiteren Massnahmen gegen Vogelgrippe

» Mehr Inland-Meldungen

Abstimmungen
Parlament
Bundesrat
Armee
Verkehr

Parlament

- Genfer Kantonsparlament in bürgerlicher Hand
- Ständerat schwächt Verbände
- Nationalrat will Korruption umfassender bekämpfen

» Mehr über das Parlament

Papsttum

- Vatikan redet den Katholiken ins Gewissen
- Papst eröffnet dreiwöchige Bischofssynode
- Blocher würdigt Schweizergarde

» Mehr aus Rom

EU-Politik

Dank Apéros zur Richtlinie

Was in Bern Sache ist, gilt auch für Brüssel. Oft kann man bei einem Apéro mehr erreichen als in der Schweiz mit einer mühsam lancierten Initiative oder in Europa über einen Rat. (Regula Stämpfli/news.ch)



Foto: Harald Theissen (EQ Images)

Lobbying kann ganz angenehm sein: Mittagessen, Apéros, Seminarien, Vernissagen, gemeinsame Geburtstagspartys...

Service

✉ Artikel als E-Mail senden

🖨 Druckansicht

55 000 gibt es davon. Der Markt und die Konkurrenz untereinander sind gross. Punkto Aufmerksamkeit zudem pickelhart. Von der Tradition her eigentlich völlig uneuropäisch. Doch dank der globalen Politikultur von den Washington mittlerweile viel gelernt. Die Rede ist von den Lobbies in Brüssel.

Unternehmer, Regionen, einzelne Bundesländer, die Mitgliedstaaten, Nichtregierungsinstitutionen, Think Tanks, Medienorganisationen, Universitäten, und und und... Alle haben mittlerweile ihre Lobbyisten in Brüssel. Weshalb? Weil den meisten klar ist, dass immer mehr Brüssel statt Berlin, Paris, London etc. den Takt vorgibt. Vorgeben muss.

EWR: Ein grosserer Schritt als angenommen

Denn 1992 wurde mit der Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion

Zusammenhang



25.09.2005 / 11:53h

Das politologische

Wort zum Sonntag



23.09.2005 / 09:29h

Fragen Sie nächsten

Monat nochmals!



21.09.2005 / 10:04h

«Präsenz Schweiz» im abseits



20.09.2005 / 10:33h

Wer sagt Barroso wie's geht?



19.09.2005 / 13:44h

«Das Volk abwählen»



16.09.2005 / 14:00h

Die Schweizer

machen's besser als

Eurokraten



16.09.2005 / 13:00h

Der flotte Dreier mit

Paris Hilton

Newsfeed abonnieren

sunrise
ADSL 150 flexjetzt
einsteigen!

ANZEIGE

- Keine Geflügelimporte aus der Türkei
- Agrarsubventionen: USA lenkt ein
- USA: Druck auf Kroatien und Serbien

» Mehr EU-Politik

Dschungelbuch

- Personen, ja!
- Das politologische Wort zum Sonntag
- Fragen Sie nächsten Monat nochmals!

» Mehr aus Brüssel

Wirtschaft

Ausland

Sport

Boulevard

Kultur

Kommunikation

KOLUMNE

Wissen



Wetter

Montag, 10. Oktober 2005



In eigener Sache

ein viel grösserer Schritt getan, als dies die meisten Europäer wissen. Das Verschwinden der deutschen Mark, des französischen Francs und der italienischen Lira mag zwar noch symbolisch wehtun, doch gemessen an anderen Schritten in der Wirtschaftsunion ist die Einführung des Euros eigentlich ein Klacks.

Freier Handel und freier Kapitalverkehr sind Gewöhnungssache. Freie Dienstleistungen und freier Personenverkehr hingegen bringen im Vergleich dazu mentale Fast-Revolutionen. Dass ein polnischer Schlachter ebenso gut wie ist ein deutscher Schlachter und dies erst noch zu einem Drittel des Preises, will wenigen einleuchten. In den Köpfen gibt es eben immer noch territoriale Grenzen. Selbst wenn alle nach «Markt» schreien. Märkte aber mögen Grenzen nicht. Märkte tendieren auch dazu, immer grösser zu werden.

Die aktuellen Sorgen und Ängste

Als Historikerin kenne ich die aktuellen europäischen Ängste und Sorgen aus der Schweizer Geschichte und Politik.

Dienstleistungen? Von Kanton zu Kanton verschieden. Bürgerrecht? Von Kanton zu Kanton verschieden. Steuern? Von Kanton zu Kanton verschieden. Wenigstens letzteres sollte aktuell bekannt sein, ansonsten hätte Marcel Ospel UBS mit seinem Wohnortwechsel in den Kanton Schwyz jetzt nicht – laut 10vor10 – etwas über 3 Millionen Franken sparen können.

Das «von Kanton zu Kanton verschieden» mag nun in vielen Bereichen sinnvoll sein, doch in anderen – siehe unterschiedliche Schulferien, Schulreglemente und Diplome – behindern solche regionalen Eigenheiten die Mobilität moderner Menschen. Und Mobilität gehört zu einer Wirtschafts- und Währungsunion wie das Amen in der Kirche. Ohne freien Personenverkehr auch keinen freien Markt.

Dass sich gerade mit der Freiheit und der Mobilität die Schweizer und Schweizerinnen noch etwas schwer tun, ist verständlich. Schliesslich waren beispielsweise alle Frauen, die bis 1986 mit einem Schweizer verheiratet waren punkto Berufswahl, Wahl des Arbeits- und/oder Wohnorts alles andere als frei. Sie brauchten nämlich, rein juristisch gesehen, noch die Erlaubnis ihres Gatten – o temporas o mores!

Wirtschaftsunion kein Klacks

Doch inzwischen haben sich die Zeiten in der Schweiz und eben auch in der EU geändert. Vieles ist einfacher, manches auch schwieriger geworden.

Wie nutze ich einen RSS-Feed?



Info



Letzte Meldungen



Inland



Parlament



Papsttum



EU-Politik



Dschungelbuch

Impressum

Hausinternes

Werbung

Newsfeed

Die veröffentlichten Inhalte sind ausschliesslich zum persönlichen Gebrauch bestimmt. Die Vervielfältigung, Publikation oder Speicherung in Datenbanken, jegliche kommerzielle Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte sind nicht gestattet. news.ch (c) Copyright 2000 - 2005 by [VADIAN.NET AG](http://www.vadian.net)

Denn die innere Dimension einer Wirtschaftsunion ist eben kein Klacks.

Steuern, Umweltrecht, technische Mindestnormen, Arbeitszeiten, Einbürgerungsbestimmungen – alles ist im Fluss und in politischer Beratung. Dass diese wichtigen Geschäfte nicht einfach den gewählten Politikern und Politikerinnen sowie den Beamten überlassen werden, liegt auf der Hand.

Auch die Schweiz hat in der EU eine Lobby. Muss sie haben. Denn wer in diesem Mega-Chor nationaler, wirtschaftlicher, politischer, kultureller, landwirtschaftlicher, bildungstechnischer etc. Interessenausmarchung keine Stimme hat, hat bald auch keine Möglichkeit zum Singen mehr. Niemand weiss bei der EU zwar so genau, wohin die Wirtschafts- und Währungsunionsreise noch überall hinführt, doch dass der Zug abgefahren ist, bezweifeln nur noch Phantasten. Daran ändert auch nichts, dass die Verfassungslinienführung beispielsweise neu umgebaut werden muss.

Die Reise ist nicht aufzuhalten, höchstens etwas zu verlangsamen. Deshalb gibt es die 55 000 ja. Grosse Veränderungen brauchen auch grossen Konsens. Und deshalb ist es auch in Brüssel nicht mehr anstössig, dass Kommissionsbeamte manchmal grosse Verbände anrufen, um Auskünfte über die Branche oder mögliche Auswirkungen von Gesetzesvorhaben zu erhalten.

Rückkoppelung aus der Praxis hat noch niemanden geschadet. Und auch da funktioniert die EU nicht anders als die Schweiz. Vernehmlassungsverfahren, Kantonalkonferenzen, Expertenkommissionen etc. sind alles auch Teil der Interessenausmarchung in der Schweiz und funktionieren bisher auch nicht schlecht. Doch was sowohl in Brüssel als auch in Bern so formell klingt, sieht praktisch ganz angenehm aus. Lobbying besteht nämlich in grossem Masse nicht in erster Linie aus Denken und Papiere schreiben, sondern aus Mittagessen, Apéros, Seminarien, Vernissagen, traulichen Beisammensein an gemeinsamen Geburtstagsparties usw.

So ist es in Brüssel manchmal einfacher, via Apéro eine Politik herbeizuführen als den offiziellen Weg via Rat, Kommission und Parlament zu gehen. Wie es in der Schweiz effizienter ist, statt einer Initiative zu lancieren, besser einmal mit einem Ständerat Mittag essen zu gehen. Oder noch besser mit dem CEO eines grossen Unternehmens. Was sofort zeigt, dass manchmal auch Menschen ausserhalb seltsamerweise die grössten Chancen innerhalb kriegen.

Letzte Meldungen

Angela Merkel wird erste deutsche Bundeskanzlerin

Montag, 10. Oktober 2005 / 15:45 h

Berlin - Angela Merkel (CDU) soll deutsche Kanzlerin werden, die SPD erhält dafür 8 von 14 Ministerien. »

Nur Remis für Brasiliens B-Auswahl

Montag, 10. Oktober 2005 / 15:38 h

Argentinien und Brasilien taten sich in der zweitletzten Runde der südamerikanischen WM-Qualifikation schwer. »

Präsident von YF Juventus in Haft

Montag, 10. Oktober 2005 / 15:15 h

Michele Vecchiè, der Präsident des Zürcher Challenge-League-Klubs YF Juventus, sitzt in Untersuchungshaft. »

Kranken-Versichertenkarte kommt 2006

Montag, 10. Oktober 2005 / 14:55 h

Solothurn - Die Schweizer Krankenversicherer geben ab Anfang 2006 rund 6 Millionen Grundversicherten die neue europäische... »

Wirtschafts-Nobelpreis an Aumann und Schelling

Montag, 10. Oktober 2005 / 14:36 h

Stockholm - Der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaft geht nach Israel und in die USA. »

Prinz William wird Bankpraktikant

Montag, 10. Oktober 2005 / 14:36 h

London - Gute Nachrichten für die weiblichen Angestellten der HSBC-Bank in London: Mit ein bisschen Glück läuft ihnen demnächst Prinz... »

Chrysler ruft fast 600 000 Autos zurück

Montag, 10. Oktober 2005 / 14:32 h

Detroit- Der Autokonzern DaimlerChrysler ruft in den USA 583 000 Fahrzeuge wegen Problemen mit dem Getriebe in die Werkstätten zurück. »

Rechtsrutsch in Genf

Montag, 10. Oktober 2005 / 14:18 h

Genf - Die Genfer Grossratswahlen führten trotz Stimmenzuwachs im linken Lager zu einem Rechtsrutsch. »

Keine Geflügelimporte aus der Türkei

Montag, 10. Oktober 2005 / 13:51 h

Budapest - Zum Schutz vor der Vogelgrippe will die EU den Import von lebenden Vögeln aus der Türkei ab sofort verbieten. »

Mutter des Findelkinds noch unbekannt

Montag, 10. Oktober 2005 / 12:37 h

Steffisburg - Die Mutter des Steffisburger Findelkinds hat sich bisher noch nicht gemeldet. »

[» Weitere Meldungen](#)